



Sachbericht

für das Projekt

„Registerstelle Neukölln“

Projektzeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015

Projektträger:

Amaro Foro e.V.

Weichselplatz 8

12045 Berlin

GKZ: LAD/2015/regneuk

Gefördert durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen,
Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung

Zuwendungsbescheid vom: 12.06.2015

Gliederung

1. Kurzdarstellung des Projekts
2. Ausgangslage
3. Warum Neukölln ein Register braucht
4. Funktionsweise
5. Erzielte Ergebnisse
6. Fazit und Ausblick

1. Was ist die Registerstelle Neukölln und was kann diese leisten?

Register sind Dokumentationen von extrem rechten und diskriminierenden Vorfällen, die sich in den Berliner Stadtbezirken ereignen. Diese Vorfälle werden von Bürger*innen bei verschiedenen Anlaufstellen, die über die Bezirke verteilt sind, gemeldet und an die Koordinierungsstellen der Register weitergeleitet. Dort werden die Vorfälle gesammelt, ausgewertet und öffentlich bekannt gemacht.

Die Dokumentation der Vorfälle wird veröffentlicht und kann auf der Internetseite der Berliner Register (www.berliner-register.de) in der Chronik eingesehen werden. Jährlich werden alle Vorfälle pro Bezirk ausgewertet. Dadurch entsteht eine Statistik, an welchen Orten bestimmte Formen der Diskriminierung besonders häufig sind oder wo die rechte Szene ihre Aktionsschwerpunkte hat. Diese Ergebnisse der Register vermitteln den unterschiedlichen demokratischen Akteur*innen in den Berliner Bezirken ein detailliertes und aktuelles Bild, auf das sie mit Maßnahmen reagieren können. Wenn beispielsweise in einer Region vermehrt Aufkleber und Sprühereien der rechten Szene auftreten, können Spaziergänge zur Entfernung dieser Propaganda organisiert werden.

Register haben Grenzen. Sie können in ihre Auswertung immer nur die Fälle einbeziehen, welche die Polizei veröffentlicht und welche den Anlaufstellen oder der Opferberatung gemeldet werden. Wenn aus einer Region mehr Meldungen eingehen, kann das an einer sensibilisierten Nachbarschaft liegen. Es muss nicht zwangsweise mit einem erhöhten Aufkommen von Diskriminierung zusammenhängen.

2. Ausgangslage

Der Neuköllner Süden ist vielfach Schauplatz von extrem rechten Gewalttaten und rechter Propaganda geworden. So gab es auch dieses Jahr rassistische Mobilisierungen und gegen Geflüchtetenunterkünften gerichtete Sachbeschädigungen in Gropiusstadt und Britz. Weiterhin wurden mehrere Personen aus rassistischer Motivation heraus beleidigt, bespuckt und angegriffen. Gerade auch in Rudow ist rechtes und rassistisches Gedankengut durch Aufkleber, Graffiti und Flyer im öffentlichen Raum stark präsent. Trotz eines leichten Rückgangs der dokumentierten Aktivitäten im Jahr 2015 (verglichen mit dem Vorjahr) ist die Neonazi-Szene im Berliner Südosten nach wie vor sehr aktiv, eine klare Trennung nach Bezirksgrenzen ist hier kaum möglich. Insbesondere Rudow und Britz sind Aktionsgebiete für ein bestimmtes Klientel der rechten Szene und bereits seit den 80er Jahren für größere Neonaziaktivitäten bekannt. Der Verfassungsschutzbericht 2007 führt Neukölln gar als Schwerpunktgebiet von Neonazi-Aktivitäten auf.

Als weiterer Schwerpunkt diskriminierender Vorfälle bildet sich momentan der Nordteil Neuköllns heraus. Dieser bezogen auf die Bevölkerungsdichte als Ballungsgebiet zu bezeichnender Ortsteil hat sich in den letzten Jahren als Kiez für Ausgeh- und Freizeitaktivitäten etabliert. Damit scheint auch eine Zunahme von diskriminierenden Tätigkeiten einherzugehen.

Neukölln ist aber auch ein Ort zahlreicher antirassistischer Gruppen, Vereine und Bündnisse. Viele Migrant*innenorganisationen sind zudem Anlaufstellen für von Diskriminierung und Rassismus Betroffene. Diese Vielfalt gilt es im Rahmen der Registerstelle zu nutzen und zu bündeln.

3. Warum Neukölln ein Register braucht

Funktionen eines Registers:

1. Dokumentation niedrigschwelliger Vorfälle mit rassistischem, antisemitischen, LGBTIQ*-feindlichen und rechten Hintergrund
2. Sprachrohr für Betroffene
3. Solidarisierung mit Betroffenen
4. Arbeitsgrundlage für Lokalpolitik

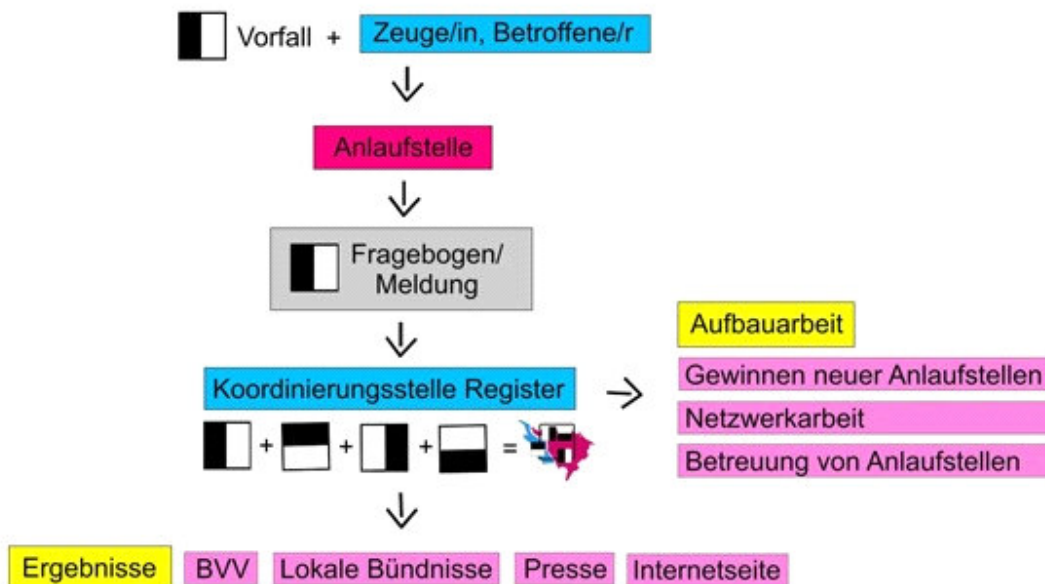
Register bilden die rechte, rassistische, antisemitische und LGBTIQ*-feindliche Diskriminierung ab. Diese Vorfälle bedürfen einer größeren Öffentlichkeit durch unabhängige Dokumentation. Die Veröffentlichung der Registerdokumentation und die Pressearbeit ziehen einen Anstieg von Presseanfragen nach sich. Die von Diskriminierung Betroffenen erfahren durch eine damit verbundene Anerkennung ihrer Erfahrungen eine maßgebliche Stärkung.

Menschen, die von rassistischen, antisemitischen, rechten und LGBTIQ*-feindlichen Anfeindungen und Angriffen betroffen sind, vertrauen einer unabhängigen Beobachtungsstelle wie dem Register oftmals eher Informationen an als (Ermittlungs-)Behörden. Das Register leistet somit einen Beitrag, diesen sonst unsichtbaren Bereich sichtbarer zu machen. Dennoch ist es auch mit dem Instrument eines Registers nicht möglich, Diskriminierung in aller Vollständigkeit abzubilden.

Im Berliner Südosten ist die Neonazi-Szene sehr aktiv. Eine klare Trennung nach Bezirksgrenzen ist kaum möglich, insbesondere Schöneweide, Johannisthal und Rudow sind Aktionsgebiet für ein bestimmtes Klientel der rechtsextremen Szene. In den letzten Jahren gab es Brandanschläge, Sprühereien und Sachbeschädigungen, die sich auf rechte Strukturen zurückführen lassen. Diese Aktivitäten in Neukölln zu dokumentieren, unterstützt eine genauere Abbildung der rechten Szene in Berlin.

Das Werben um Anlaufstellen für das Register und die Vorstellung des Registers in verschiedenen Gremien dient der Sensibilisierung der Angesprochenen für die Themen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit. Dadurch wird die demokratische zivilgesellschaftliche Arbeit gestärkt. Das Register kann hier auch als Schnittstelle dienen, das verschiedene Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, Beratungsstellen, Migrant*innenselbstorganisationen und Lokalpolitiker*innen zusammenbringt und vernetzt.

4. Funktionsweise



5. Erzielte Ergebnisse

Die Registerstelle Neukölln wurde im Juni 2015 zwei Jahre alt. Im Jahr 2015 wurden insgesamt 133 Vorfälle dokumentiert. Somit hält die Zahl der Meldungen das Niveau des Vorjahres (2014: 126). Bezogen auf Motiv, Stadtteil und Art gibt es jedoch Verschiebungen: Über die Hälfte der Vorfälle sind rassistisch, antisemitisch, antiziganistisch und antimuslimisch motiviert (2015: 82, 2014: 39). Erstmals wurden die meisten Fälle in Nordneukölln registriert (55). In die Dokumentation sind hauptsächlich Propagandadelikte eingegangen (64). Es besteht ein massiver Anstieg in der Kategorie Bedrohung (2015: 22, 2014: 10) und die ohnehin hohe Zahl der Angriffe (2015: 19, 2014: 16) nahm weiter zu.

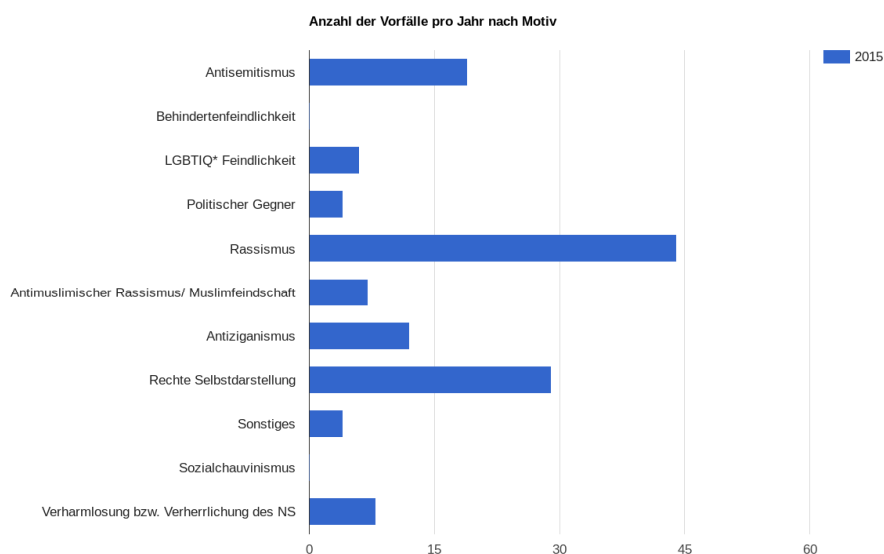
Motive

Rassismus ist das vorherrschende Motiv (2015: 44, 2014: 27). Vor allem mittels Propaganda nimmt die rechte Szene hierbei die gesellschaftliche Debatte um „Flucht und Asyl“ auf, wie zahlreiche Sticker, Flugblätter und Graffiti belegen. Auf die Relevanz dieser Debatte verweisen außerdem zwei NPD-Kundgebungen, zwei Sachbeschädigungen an Unterkünften für Geflüchtete, ein Angriff auf eine Geflüchtete und die Bedrohung einer in Unterstützungsstrukturen aktiven Politikerin. Auch der Fall des räumungsbedrohten queeren Wagenplatzes „Kanal“ steht in diesem Kontext. In einem Mietvertragsentwurf droht das Land Berlin mit Kündigung, wenn auf dem Platz Geflüchtete untergebracht werden.

Weiterhin stieg die Zahl der antisemitischen (2015: 19, 2014: 5), antiziganistischen (2015: 12, 2014: 6) und antimuslimischen Vorfälle (2015: 7, 2014: 0). Der enorme Zuwachs von dokumentiertem Antisemitismus ist vermutlich in der Einführung eines neuen und leichter zugänglichen Online-Meldeverfahrens der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) begründet. Nach Einführung des neuen Meldeverfahrens gab es eine Erhöhung der berichteten Vorfälle. Zudem wurde die Unterkunft von Teilnehmenden der europäischen Makkabi-Spiele 2015 in Nordneukölln mehrmals Ziel von antisemitischen Aktionen. Bei den antiziganistischen Vorfällen ist ein vermehrtes Auftreten im institutionellen und im Service-Sektor auffällig.

29 der gemeldeten Fälle zählen in die Kategorie rechte Selbstdarstellung (2014: 57), die Informationsstände, Demonstrationen und Propaganda der NPD und anderer rechter Gruppen zur Eigenwerbung umfasst. Abgenommen hat die Verherrlichung und Verharmlosung des Nationalsozialismus (2015: 8, 2014: 18).

In sechs Fällen wurden LGBTIQ*s angegriffen oder bedroht, in vier Fällen politische Gegner*innen.



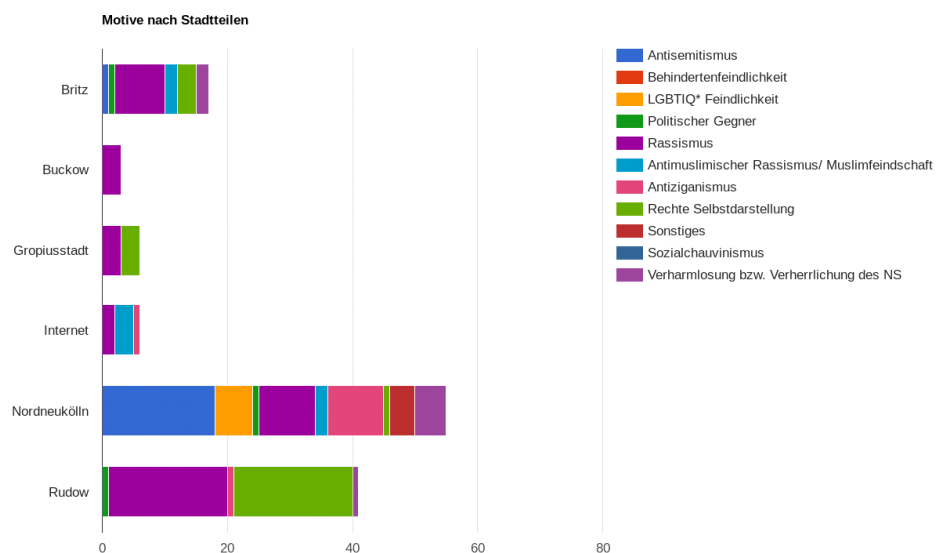
Ortsteile

Die registrierten Vorfälle konzentrieren sich in Nordneukölln (2015: 55, 2014: 27). Alle zuvor aufgeführten Diskriminierungsmotive sind vertreten. In diesem Ortsteil erfolgte zudem die Mehrheit der dokumentierten Angriffe und Bedrohungen. Der Zuwachs von gemeldeten Fällen deutet auf eine erhöhte Sensibilisierung der Zivilgesellschaft für die Wahrnehmung von Diskriminierung hin.

Obwohl in Rudow die erfassten Vorfälle zurückgehen (2015: 41, 2014: 64), bildet dieser Ortsteil nach wie vor ein Kerngebiet der rechten Szene. Die Motive Rassismus und rechte Selbstdarstellung überwiegen. Unter den Vorfallsarten dominieren Propaganda, Sachbeschädigungen und Veranstaltungen. Die Abnahme der Meldungen in Rudow korreliert mit dem Abfall der Motive rechte Selbstdarstellung und Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus. Dies könnte mit einer Schwächung rechter Szenestrukturen durch Verhaftungen und dem Verlust zentraler Treffpunkte zusammenhängen.

Die Zahl der gemeldeten Vorfälle in Britz (2015: 17, 2014: 20), Gropiusstadt (2015: 6, 2014: 3) und Buckow (2015: 3, 2014: 3) bleibt relativ stabil und lässt sich größtenteils auf Aktivitäten der NPD und ihres Umfeldes zurückführen. In diesen Ortsteilen werden vor allem Flugblätter verteilt und Informationsveranstaltungen organisiert. In Britz kommen vereinzelt Angriffe, Bedrohungen und Sachbeschädigungen hinzu. Die AfD tritt mit zwei Informationsständen nur geringfügig in Erscheinung.

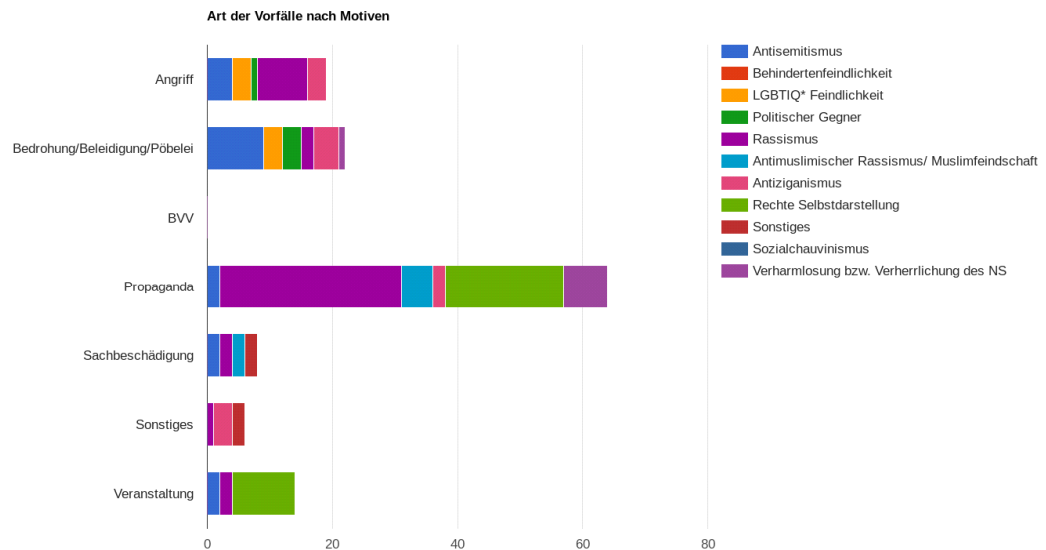
Aus dem Internet wurden 7 Vorfälle aufgenommen.



Art der Vorfälle

Wie bereits im vorigen Jahr herrschen Propagandaaktivitäten vor (2015: 64, 2014: 69). Eine Verdopplung erfolgte in der Kategorie Bedrohung (2015: 22, 2014: 10). Die Zahl der Angriffe ist mit 19 weiterhin hoch (2014: 16) und war von rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen und LGBTIQ*-feindlichen Motiven geleitet, in einem Fall wurde ein politischer Gegner angegriffen.

Die registrierten Veranstaltungen sind rückläufig (2015: 14, 2014: 17) und beruhen vorrangig auf Kundgebungen und Informationsständen der NPD. Die Nummer der Sachbeschädigungen hat ebenso abgenommen (2015: 8, 2014: 13).



6. Ausblick

Auch wenn im Vergleich mit anderen Bezirken, die schon länger ein Register oder eine Chronik führen (z. B. Treptow-Köpenick), die Zahl der aufgenommenen Vorfälle gering scheint, ist diese Zahl für Neukölln noch nicht als repräsentativ für das gesamte Ausmaß der Vorfälle zu betrachten. Das lässt vermuten, dass Betroffene nicht genügend über Meldemöglichkeiten informiert sind oder die im Vergleich mit anderen Registern geringe Zahl von Anlaufstellen/Meldestellen im Bezirk Neukölln eine repräsentative Dokumentation noch erschwert. In diesem Zusammenhang fallen vor allem die Ortsteile Gropiusstadt und Buckow auf, in denen das Registerprojekt nur wenig bekannt zu sein scheint. Weiterhin gilt es in Zusammenarbeit mit den restlichen Registerstellen und der Koordinierungstelle der Berliner Register zu prüfen, inwieweit sich die Meldung von Vorfällen noch leichter zugänglich machen und vereinfachen lässt.

Für das Jahr 2016 bleibt somit die Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit sowie das Anwerben von Anlaufstellen ein Projektschwerpunkt.